IKriS Institut für Kriminalitäts- und Sicherheitsforschung

POLIZEIAKADEMIE NIEDERSACHSEN

Research Brief

Forschung an der
POLIZEIAKADEMIE NIEDERSACHSEN

2024, # 4

Urbane Räume als Orte gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

Joachim Häfele

Abstract:
Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) umfasst Einstellungen in der Bevölkerung, wie Rassismus, Sexismus oder die Abwertung von Trans*Menschen, so behandelt in der Mitte-Studie, sowie Handlungen bzw. Kommunikationen, d.h. Hasskriminalität und/oder nicht strafbedrohte vorurteilsgeleitete Handlungen. Mit Fokus auf letztere Phänomene und damit die Opferperspektive stellt der Beitrag ausgewählte Ergebnisse einer aktuellen Dunkelfeldstudie[1] vor (Datengrundlage: n = 3895 Personen aus N = 96 Hamburger Stadtteilen).

Einleitung

Gruppenbezogene menschenfeindliche bzw. vorurteilsmotivierte Taten richten sich gezielt gegen Personen aufgrund ihrer sozialen Gruppenzugehörigkeit und orientieren sich an geschützten Merkmalen wie z.B. Hautfarbe, religiösem Glauben oder sexueller Orientierung (z.B. Häfele & Groß 2023; Groß & Häfele 2021). Für Straftaten in diesem Phänomenbereich gilt im deutschen Sprachraum der Begriff Hass- bzw. Vorurteilskriminalität. Mit Bezug auf abwertende Gesten oder Äußerungen bis hin zu Mord (z.B. Gerstenfeld 2017, S. 159) beinhalten GMF-Handlungen strafrechtlich relevante und nicht relevante Phänomene (Groß, Häfele & Peter 2024). Besonders gravierend bei den Viktimisierungen ist, dass die Betroffenen außer Stande sind, das Charakteristikum zu verändern, das sie zum Opfer werden ließ. Zusätzlich zum Opfer (Mikroebene) sind aufgrund des Botschaftscharakters von GMF-Taten auch die dem Opfer zugehörigen Gruppe (Mesoebene) und die freiheitlich demokratische Grundordnung unserer Gesellschaft (Makroebene) betroffen. Während das Konzept der Hasskriminalität aus der Opferperspektive in den USA seit Anfang der 1990er Jahre

[1] Ausführlich: https://www.pa.polizei-nds.de/startseite/ikris/forschung/forschungsprojekt-hatetown-vorurteilsgeleitete-handlungen-in-urbanen-raeumen-115818.html

intensiv erforscht wird (z.B. Church & Coester 2021), gibt es für Deutschland nur wenige repräsentative Befunde, insbesondere zu GMF-Betroffenheit ohne strafrechtliche Relevanz. Im Forschungsprojekt „HateTown – Vorurteilsgeleitete Handlungen in urbanen Räumen" soll ein wichtiger Beitrag zur Schließung dieser Forschungslücke geleistet werden. Der vorliegende Beitrag stellt ausgewählte Ergebnisse zu Vulnerabilität von Gruppen, Anzeigeverhalten, Bewältigungsstrategien und Vertrauen in Institutionen wie Polizei und Justiz vor.

Vorgehen und Datengrundlage

Die Datenerhebung erfolgte im Rahmen einer Bevölkerungsbefragung von Hamburger Bürger*innen. 35.000 Personen ab 16 Jahren aus 96 Hamburger Stadtteilen wurden zufällig aus dem Hamburger Einwohnermelderegister ausgewählt sowie 15.000 Nicht-EU-Bürger*innen ab 16 Jahren (Oversampling). Um möglichst viele Personen zu erreichen, die besonders vulnerablen Gruppen in Bezug auf GMF angehören (z.B. jüdische Gemeinden, muslimische Gemeinden, schwarze Gemeinden), wurde die Stichprobenziehung zusätzlich mit einem Schneeballverfahren kombiniert. Der Zugang zur Umfrage erfolgte über einen Online-Link. Die Instrumente wurden ins Englische, Türkische, Russische, Polnische und Arabische übersetzt. Der Fragebogen wurde partizipativ entwickelt: im Vorfeld und während der Konstruktion fanden Workshops mit Vertretern der betroffenen Gruppen statt. Ein kognitiver Pretest erfolgte mit Angehörigen von ausgewählten Minderheiten. Die Datenerhebung hat im Zeitraum vom 11.7.2022 bis 11.9.2022 stattgefunden.

Ausgewählte Ergebnisse[2]

Alle Befragten, die eine Viktimisierung (Lebenszeitprävalenz) berichteten, wurden für jedes Delikt gefragt, ob sie vermuten aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit von der Tat betroffen gewesen zu sein.

Abb.1: Vermutete Vorurteilsmotive in Bezug auf die abgefragten Viktimisierungen

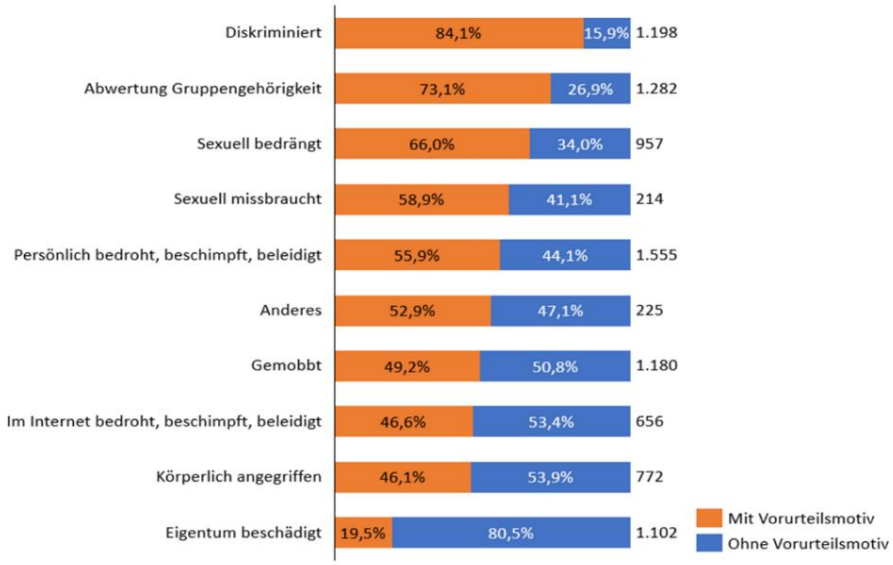

Abb. 1 enthält die deliktspezifische Verteilung. Wie erwartet, wird bei der Betroffenheit von Ehr- und Drohdelikten am häufigsten ein Vorurteilsmotiv vermutet. Auch im Bereich der erlebten sexuellen Bedrängung wird vergleichsweise häufig ein Vorurteilsmotiv angenommen.

[2] Eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse des HateTown-Projekts findet sich im Forschungsbericht unter: https://www.pa.polizei-nds.de/startseite/ikris/forschung/schriftenreihe_des_ikris/

Abb. 2: GMF-Betroffenheit nach Gruppenzugehörigkeit[3]

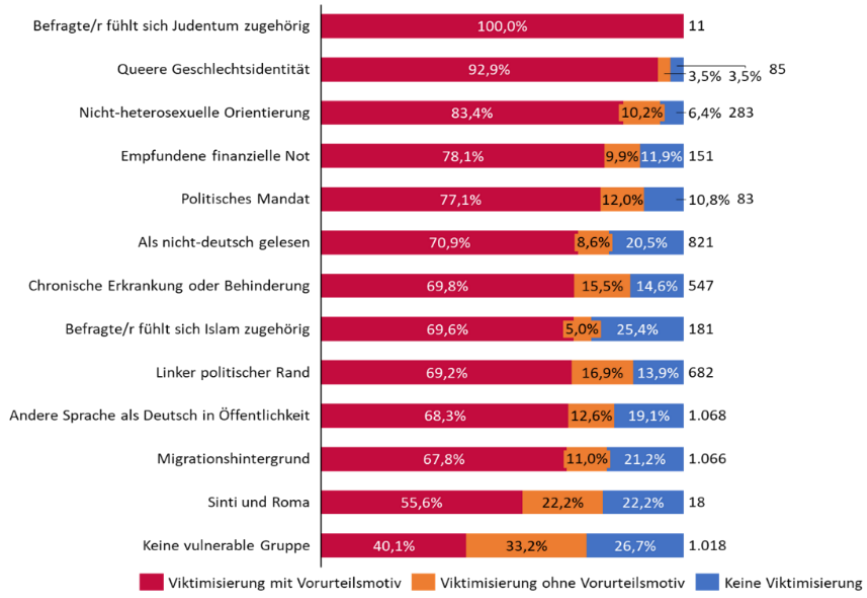

Abb. 2 zeigt die Betroffenheit von GMF bzw. Hasskriminalität nach Gruppenzugehörigkeit. Wie erwartet, sind Minderheiten deutlich stärker betroffen als Personen, die keiner vulnerablen Gruppe angehören. Die stärkste Betroffenheit berichten *Menschen mit queerer Geschlechtsidentität*, *Menschen mit nicht-heterosexueller Orientierung*, *Menschen, die sich als ökonomisch arm wahrnehmen* und *politische Mandatsträger*innen*.[4]

Abb. 3: Vertrauen in Institutionen (Mittelwerte ausgewiesen)

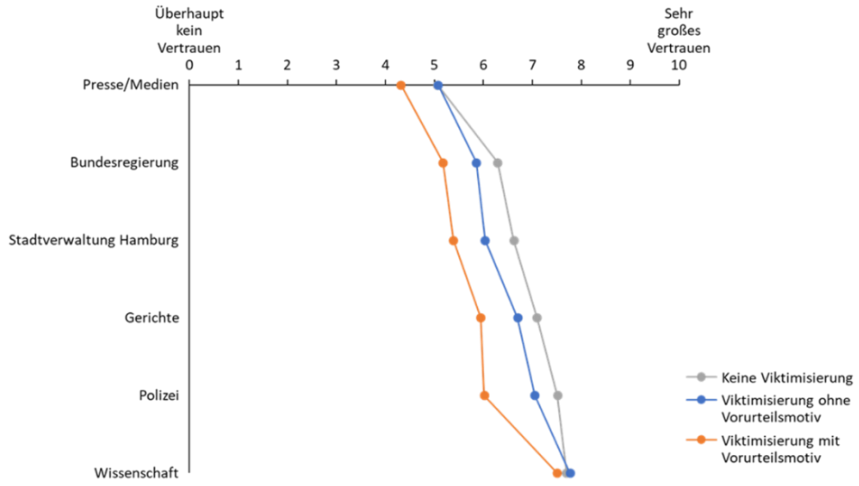

Abb. 3 zeigt das bei von GMF/Hasskriminalität betroffenen Menschen deutlich geringer ausgeprägte Vertrauen in Institutionen als bei Menschen ohne Viktimisierungserfahrungen oder ohne Vorurteilsviktimisierung. Das Vertrauen in die Polizei fällt bei den Vorurteilsviktimisierten am geringsten aus. Hier zeigen sich die größten Abstände, sowohl zur Gruppe der Normalviktimisierten als auch zur Gruppe der nicht Viktimisierten.

Das niedrige Vertrauen in die Polizei spiegelt sich in einem sehr geringen Anzeigeverhalten der von GMF/Hasskriminalität betroffenen Menschen wider. Über alle Gruppen hinweg liegt die Anzeigerate bei lediglich 19,6 %, d.h. über 80 % der Taten wurden nicht angezeigt.

Implikationen

Die Befunde können als Gradmesser und ggf. Warnsignale mit Blick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt und rechte Polarisierungsbewegungen betrachtet werden. Sie betreffen Konfliktfelder, die insbesondere auch

[3] Wenn Frauen in die vulnerable Gruppe aufgenommen werden bzw. aus „Keine vulnerable Gruppe“ entfernt werden, dann sinkt die Viktimisierung durch GMF/Hasskriminalität im Bereich „keine vulnerable Gruppe“ von 40,1 % auf 32 %.
[4] Für die Gruppe der Jüdinnen und Juden lassen sich aufgrund der geringen Fallzahl keine belastbaren Aussagen ableiten.

die Sicherheitsbehörden in ihrer täglichen Arbeit tangieren (Groß, Häfele und Peter 2024). Die Befunde zeigen die starke Betroffenheit bestimmter sozialer Gruppen durch GMF bzw. Hasskriminalität und die gravierenden Folgen dieser Form von Opferwerdung für das Vertrauen in Polizei, Justiz und Politik. Die vorliegenden sowie zahlreichen weiteren Ergebnisse des HateTown-Projekts verweisen auf die hohe gesellschaftspolitische Relevanz der untersuchten Phänomene sowie die Notwendigkeit der dauerhaften Beobachtung anhand von Dunkelfeldstudien und des Ausbaus von Präventionsmaßnahmen und Hilfen für Betroffene. Eine stärkere Professionalisierung bzw. Sensibilisierung bezüglich Vorurteilskriminalität bei Polizei und Justiz durch den Ausbau der Aus- u. Fortbildungsangebote kann dazu beitragen, die Erkennung dieser Taten zu verbessern und die Registrierungswahrscheinlichkeit zu erhöhen. Vertrauensbildende Maßnahmen durch die Sicherheitsbehörden können dabei helfen, die Anzeigewahrscheinlichkeit zu erhöhen. Die Einbindungen der Opferperspektive dürfte für derartige Maßnahmen und deren Prüfung unumgänglich sein.

Literatur

Church, D. & Coester, M. (2021). Opfer von Vorurteilskriminalität. Thematische Auswertung des Deutschen Viktimisierungssurvey 2017. Forschungsbericht. Kriminalistisches Institut, Kriminalistisch-kriminologischen Forschung, BKA.

Gerstenfeld, P. B. (2017). Hate crime. In The Wiley handbook of violence and agression, Hrsg. Peter Sturmey. Hoboken: Wiley.

Groß, E. & Häfele. J. (2021). Vorurteilskriminalität. Konzept, Befunde und Probleme der polizeilichen Erfassung. Forum Politische Bildung und Polizei (Heft 1/2021).

Groß, E., Häfele, J. & Peter, S. (2024). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aus der Betroffenenperspektive. Kernbefunde aus dem Forschungsprojekt HateTown – Vorurteilsgeleitete Handlungen in urbanen Räumen. Schriftenreihe des Instituts für Kriminalitäts- u. Sicherheitsforschung, Bd. 2, Nienburg, https://www.pa.polizei-nds.de/startseite/ikris/forschung/schriftenreihe_des_ikris/

Häfele, J. & Groß, E. (2023). Vorurteilsgeleitete Handlungen in urbanen Räumen. in: Kemmesies, U.; Wetzeles, P.; Austin, B. u.a. (Hrsg.), MOTRA-Monitor 2022, S. 460 - 471.

POLIZEIAKADEMIE NIEDERSACHSEN

IKriS Institut für Kriminalitäts- und Sicherheitsforschung

Management und Redaktion:
Dr. Sybille Reinke de Buitrago
sybille.reinke-de-buitrago@polizei.niedersachsen.de

IKriS – Institut für Kriminalitäts- und Sicherheitsforschung
Polizeiakademie Niedersachsen
Bürgermeister-Stahn-Wall 9
31582 Nienburg/Weser
Tel.: (+49) 05021 844-1880
ikris@pa.polizei.niedersachsen.de

Prof. PA Dr. Joachim Häfele ist seit 2015 an der Polizeiakademie Niedersachsen, Studienort Oldenburg, im Studiengebiet 1 (Kriminalwissenschaften) tätig. Seine aktuellen Forschungsschwerpunkte liegen u.a. in den Bereichen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Intoleranzen in urbanen Räumen, Rechtsextremismus, Antisemitismus und empirische Polizeiforschung. Seit 2022 leitet er das am IKriS angesiedelte Forschungsprogramm Polizei und Demokratie im gesellschaftlichen Wandel (PODWAL).
joachim.haefele@polizei.niedersachsen.de

Der Beitrag gibt die Auffassung des/der Autor*in wieder.